

metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg

www.bw.igm.de

Nr. 2 / 21. März 2011



Aktionstag
92 000 beim Protest gegen
prekäre Beschäftigung
Seite 2 und 3



Wer die Wahl hat
Positionen der Gewerkschaften
zur Landtagswahl
Seite 4

Die Landtagswahl entscheidet über den künftigen Kurs des Landes

Jetzt Weichen stellen

Am 27. März wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Welche Partei wie stark in das neue Parlament einzieht, entscheidet über die Zusammensetzung der künftigen Landesregierung. An ihr liegt es, die richtigen Weichen für die Zukunft stellt.

Baden-Württemberg war lange das Musterländle der Republik. Stolz wurde auf den wirtschaftlichen Erfolg, Innovationen und die gute Bildungs- und Beschäftigungssituation der Menschen verwiesen. Aber lässt sich von diesen Erfolgen noch zehren?

Soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt rücken

Das Land hat keine Rohstoffe, aber engagierte und qualifizierte Beschäftigte. Sie sind die Quelle unseres Wohlstandes. Doch die Schere zwischen Arm und Reich weitet sich. Etwa durch die massive Ausweitung des Niedriglohnssektors oder die Auswüchse der Leiharbeit. Armutsrenten sind auch im reichen Baden-Württemberg keine Seltenheit und würden sich durch die Rente ab 67 drastisch erhöhen.

Während Großkonzerne und Spitzenverdiener im Lande von Steuern entlastet wurden, bleiben den Kommunen keine Gelder für notwendige Investitionen in öffentliche Gebäude, Schulen, Kindergärten und Sportstätten. Eine Landesregierung muss für

sozialen Ausgleich sorgen und ihre Stimme erheben. Etwa im Bundesrat. Die jetzige Landesregierung duckt sich weg. Letzter Beweis: Die Sprachlosigkeit bei den Hartz IV-Regelsätzen und der Leiharbeit.

Das Land hinkt hinterher

Bildung ist und bleibt eines der wenigen Felder, in denen ein Bundesland noch etwas bewegen kann. Und: Die Qualifikation der Menschen ist der entscheidende Erfolgsfaktor des Landes. Gut qualifizierte Fachkräfte sind der Nährboden für Innovationen. Doch auch hier hinkt Baden-Württemberg hinterher.

Während anderswo längst über kostenlose Kindertagesstätten und Ganztagesbetreuung auch in der Schule oder die Dauer des gemeinsamen Lernens diskutiert wird, ist bei der jetzigen Landesregierung kein Umdenken erkennbar. Sie trampelt selbst bei der Frage von Studiengebühren auf alten Pfaden weiter und hebt so die Chancengerechtigkeit aus.

In keinem Land sind deshalb die Bildungschancen so ungleich verteilt wie in Baden-Württemberg.

Es fehlt an dringend notwendigen Impulsen

Ein enges Netz aus Hochschulen, Forschung und Entwicklung sowie Produktion in Verbindung mit Großkonzernen und einem starken Mittelstand war das Fundament des Erfolges und Garant für einen robusten Arbeitsmarkt.

Aber inzwischen zeigen sich deutliche Risse. Das Wachstum des Landes hat in den letzten zehn Jahren an Dynamik verloren. Inzwischen liegt das einstige Musterland hinter Bayern, Hessen und den neuen Bundesländern. Dabei sind die Voraussetzungen durch die hohe Industriedichte geradezu ideal. Themen wie nachhaltige Mobilität, Leichtbau und Ressourceneffizienz bieten Chancen. Allerdings bemängelt eine stetig wachsende Zahl an Kritikern: Was fehlt ist eine Forschungs-, Bildungs- und Industriepolitik aus einem Guss.

Es gibt also viel zu tun für die neue Landesregierung.



Bezirksleiter Jörg Hofmann

Impulse für die Zukunft

Wenn am kommenden Sonntag gewählt wird, geht es um mehr als nur ein Kreuz auf einem Wahlzettel. Es geht um einen Kurswechsel.

Soziale Gerechtigkeit muss der Antrieb für das Handeln einer Regierung sein. Daran wird sie von den Menschen gemessen. Sie muss Flagge zeigen gegen prekäre Beschäftigung und der größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich.

In der Bildungspolitik müssen andere, neue Schwerpunkte gesetzt werden. Das Land braucht einen Schub - und das ist keine Frage von Programmen, sondern von Konzepten und konkreten Schritten. Bildung und Qualifizierung sind unsere wichtigsten Ressourcen. Wir müssen sie nutzen, um die Beschäftigung zu sichern.

Die Industriepolitik muss neu aufgestellt werden, braucht Impulse. Sonst laufen die Zukunftsthemen an Baden-Württemberg vorbei, werden Innovationen woanders entwickelt und produziert. Nur ein Kurswechsel lässt das Land die Wachstumsdynamik entfalten, die es braucht um die Arbeitsplätze zu sichern.

Deshalb: Wählen gehen am 27. März. Die Stimme der Beschäftigten darf in der Landtagswahl 2011 nicht untergehen.

Am 27. März
WÄHLEN GEHEN!





Impressum: IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg, Stuttgarter Straße 23, 70469 Stuttgart, Verantwortlich: Jörg Hofmann, Telefon (0711) 16581-0, Fax (0711) 16581-30, Fotos: Grafitti; E-Mail: bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de, Internet: www.bw.igm.de; Druck: apm in Darmstadt



Vermittlungsausschuss: Regierungsparteien blockieren Lösungen für Leiharbeit

92.000 protestieren gegen prekäre Beschäftigung

Die Bundesregierung plant eine Änderung der Leiharbeitsgesetze. Das vorausgegangene Vermittlungsverfahren ist im Februar ohne Lösung für die Leiharbeitsproblematik an den Positionen von CDU und FDP gescheitert. Am 24. Februar sind allein in Baden-Württemberg über 92.000 Gewerkschafter gegen prekäre Beschäftigung auf die Straße gegangen.

Jetzt soll der Bundestag Ende März über die geplanten Änderungen abstimmen. Die

IG Metall kritisiert den Entwurf als mangelhaft. Entgegen der Beteuerungen werden die neuen Regelungen den Missbrauch von Leiharbeit nicht verhindern. Stattdessen wird die Diskriminierung in den Betrieben zementiert. Das Recht »Gleiches Geld für Gleiche Arbeit« soll den Leiharbeitsbeschäftigten also weiter vorenthalten werden.

Laut Statistischem Bundesamt liegt der durchschnittliche Stundenlohn von Leiharbeitern um die Hälfte unter dem von

Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen.

Auch die angebliche Brückenfunktion von Leiharbeit ist Augenwischerei. Laut IAB liegt der so genannte Klebeeffekt bei höchstens 7 Prozent. Demnach bleiben 80 Prozent der Menschen, die in Leiharbeit gerutscht sind, in dieser Branche. Der Grund: Es gibt keine zeitliche Begrenzung der Überlassungsdauer und keine vorgeschriebene gleiche Bezahlung, auch nicht bei längeren Einsätzen.

Zudem entwickelt sich die Zahl

der Leiharbeiter rasant. Seit 2003 hat sich die Zahl nahezu verdreifacht, auf inzwischen rund 1 Million. Etwa die Hälfte aller Betriebe ab 250 Beschäftigte nutzt laut IAB inzwischen Leiharbeit. Der Anteil von Leiharbeitern an der Gesamtbelegschaft liegt bei bis zu 30 Prozent.

Einen ausreichenden Schutz für Leiharbeiter gewährleistet der vorliegende Gesetzentwurf nicht. Deshalb fordert die IG Metall die Abgeordneten auf, dem neuen Leiharbeitsgesetz in dieser Form nicht zuzustimmen.

Weitere Infos und die Möglichkeit E-Cards an die Abgeordneten zu schicken unter www.gleichearbeit-gleichesgeld.de.



www.bw.igm.de

Einige Forderungen der Gewerkschaften an eine neue Landesregierung

Bildung, Arbeit, Gerechtigkeit



Baden-Württemberg wählt. Am 27. März entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über ihr neues Parlament und darüber, wer die nächste Regierung führen soll.

Dem Land fehlen bis 2020 über 250.000 Fachkräfte. Ohne einen massiven **Ausbau der Weiterbildung** ist diese Herausforderung nicht zu bewältigen.

Das Betreuungsangebot für Kinder ist unzureichend. Doch Eltern sind auf Betreuungsangebote angewiesen, um Beruf und Familie in Einklang bringen zu können. Wir brauchen ein **bedarfsgerechtes und flächendeckendes Netz an Angeboten frühkindlicher Bildung**.

Noch immer bekommen viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Eine Landesregierung muss sich für ein **"Recht auf Ausbildung"** einsetzen.

Bildung ist eine Aufgabe der Gesellschaft. Sie muss aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. **Gebühren müssen gestrichen werden - von der Kita bis zur Hochschule.**

Baden-Württemberg trägt in Fragen direkter Demokratie die rote Laterne. Die Landesregierung blockiert alle Initi-

ativen auf Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. **Bürgerbegehren und -entscheidungen müssen erweitert und erleichtert werden.**

Viele Gemeinden ächzen unter sinkenden Einnahmen, steigenden Ausgaben und Recordschulden. **Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgabe der Daseinsvorsorge, der Bildung, der Sozialpolitik und Kultur angemessen wahrzunehmen.**

Seit über 15 Jahren verschlechtert sich die Wohnungsver-sorgung im Land. Besonders in Ballungsräumen und Universitätsstädten ist bezahlbarer Wohnraum Mangelware. **Des-halb müssen die Mittel für den Wohnungsbau aufgestockt werden.**

Weitere infos: www.bw.dgb.de



Die Abkehr von Atomkraft wählen

Die IG Metall setzt auf eine Energieversorgung ohne Atomkraft. Auch die Mehrheit der Menschen im Land lehnt die von der schwarz-gelben Bundesregierung im vergangenen Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ab.

Und obwohl die Risiken der Atomkraft unkalkulierbar sind, hat sich der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus zum erbitterten Kämpfer für Atomkraft aufgeschwungen. Mit seinen Auftritten hat er der Kernkraftlobby den Rücken gestärkt. »Ich bin für den Ausstieg aus dem Atomausstieg«, sagte Mappus im März 2010. Als Begründung schob er hinterher: »Solange ein Kraftwerk sicher ist, muss man seine Laufzeit nicht begrenzen.«

Das im Zuge der Atomkatastrophe in Japan von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vize-Kanzler Guido Westerwelle verkündete Moratorium reicht nicht aus. Und auch die Kehrtwende des Ministerpräsidenten, der plötzlich feststellt, »es reicht nicht mehr aus zu sagen, die Kernkraftwerke sind sicher«, scheint fragwürdig. Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Umdenkens von CDU und FDP und ihrem Verhältnis zur Atomkraft sind angebracht. Der Beigeschmack einer wahlkampf-taktischen Beruhigungsspielle für die Menschen breitet sich aus und könnte seine bittere Nebenwirkung erst in einiger Zeit entfalten: Wenn die Wahlen vorüber sind und der Schwenk zurück zu alten Positionen sicher scheint. So weit darf es nicht kommen.

Erneuerbare Energien sind die Säulen einer Energieversorgung mit Zukunft. Die Energieerzeugung muss sicher und nachhaltig sein. Darum geht es auch bei der Wahl am kommenden Sonntag.

INITIATIVE BILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG

gestartet von



Bezirk Baden-Württemberg

WAHLCHECK

Welche Versprechen geben die Parteien zur Landtagswahl am 27. März in Baden-Württemberg? Wir haben uns die Programme angeschaut und bieten mit dem Wahlcheck online die Möglichkeit zu prüfen, mit welchem Wahlprogramm die meisten Übereinstimmungen zu finden sind. Dabei wird keine Wahlempfehlung ausgesprochen.

<http://www.bildung-und-beschaeftigung.de/wahlcheck/>

UMFRAGE

Außerdem: Was sind die wichtigsten Themen der Landtagswahl? Wir fragen nach bei den Themen Kinderbetreuung, gemeinsames Lernen, Weiterbildung und Beschäftigung.

<http://www.bildung-und-beschaeftigung.de/umfrage/>

**Am 27. März
WÄHLEN GEHEN!**

